

Riester-Sparen ist Verlustgeschäft

Zu „Sparer protestieren gegen Riester-Kosten“ vom 9. Dezember

Zur Unzufriedenheit von Riester-Sparern wird kommentiert, dass mit der Riesterrente die Politik praktisch eingesteht, dass die gesetzliche Rente es nicht schafft, den Lebensstandard zu halten. In Wirklichkeit werden und wurden der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfremde Aufgaben aufgebürdet (deutsche Einheit, Förderung Altersvorsorge), die Beitragsbasis beschnitten (Maximalsatz) und schließlich den Menschen eingeredet, dass sie es nicht schafft. Denn nur so lassen sich von der Versicherungswirtschaft lukrative Riester-Verträge an den Mann bringen.

Wenn der Pessimismus berechtigt wäre, dann müsste man sich fragen, wieso die Rentner heute so viel besser leben als zu Bismarcks Zeiten. Schließlich leben sie heute viel länger, die allgemeinen Arbeitszeiten sind kürzer, zudem gibt es mehr Rentner und weniger produktiv Tätige als damals ...

Die erzeugten Güterberge werden auch in Zukunft nicht kleiner. Oder wird etwa die Produktivität der Arbeit aufhören zu wachsen? Ob davon die späteren Rentner profitieren werden oder ob die heutigen Menschen etwas von Wirtschaftsaufschwüngen haben, hängt freilich von den Prioritäten in der Gesellschaft ab. Und um nicht darüber reden zu müssen, kommen die angeblich entscheidenden demographischen Argumente gerade recht – Riester und Rürup lassen grüßen.

Übrigens wundere ich mich über den Wagemut des Gesetzgebers, wenn er die Menschen dadurch zu beruhigen versucht, dass er ihnen bei der Riesterrente zumindest die Auszahlung der eingezahlten Beträge einschließlich Zulagen bei Rentenbeginn verspricht. Ein fauler Braten. Wer zum Beispiel mit 20 „Josriestert“ und mit 67 seine im ersten Jahr angesammelten 100 Euro zurückerhält, kann sich bei drei Prozent Inflation nur noch über eine Kaufkraft von heutigen 24 Euro „freuen“.

Jürgen Eck, 04318 Leipzig

Staatsbankrott als letzte Konsequenz

Zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Was war uns in der Euphorie der Wiedervereinigung vollummdig alles versprochen worden: „Vielen wird es besser, aber keinem schlechter gehen“ und vom „Aufschwung Ost“ und „blühenden Landschaften“ war die Rede. Doch was wurde, von Einzelfällen und Paradebeispielen abgesehen, geboten? Vielen geht es schlechter und fast keinem besser. Existenzen und ganze Produktionsstandorte gingen verloren, damit einher kamen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Abrissbagger machten ganze Industriezweige platt, und auf diesem Wege wurde man nicht nur lästige ostdeutsche Konkurrenz los, sondern sorgte für Existenz- und Zukunftsängste unserer Bürger. Perspektivlosigkeit schuf Staatsverdrossenheit. Zu den wirtschaftlichen Fehleinschätzungen kommen nun die ökonomischen, und die so genannten Wirtschaftsweisen als Kenner der Materie sprechen ganz unverhohlen von Stagnation, Rezession und Inflation. Also Staatsbankrott als letzte Konsequenz. Und schon heute ist jeder Bundesbürger vom Säugling bis zum Greis mit rund 6000 Euro Schulden belastet.

Manfred Hausotter, 04657 Narsdorf

Theater-Auslastung

Zu „Kraftstart ohne Kalkül“ vom 17. Dezember

Zunächst, ich bin kein Ostalgiker. Aber zu DDR-Zeiten sind meine Frau und ich in jede Inszenierung des Schauspielhauses gegangen, nach der Wende noch in einige und dann in keine mehr. Damit stehen wir wahrscheinlich exemplarisch für die Generation der über 40-Jährigen. Doch kein Theatermacher fragt sich, warum das so ist. Ein Zuschauer, der einen anstrengenden Arbeitstag hinter sich hat (unter anderem, um die Eintrittspreise des Theaters bezahlen zu können), will sich nicht mit Blut-, Sperma-, Kot- und Gewaltexzessen konfrontieren und von Schauspielern anbrüllen lassen. Er will auf hohem Niveau unterhalten werden, doch wer das heutzutage sagt, gilt als spießig. Potenzielle Zuschauer gehen woanders hin oder bleiben ganz weg. Die Eintrittspreise werden zu etwa 75 Prozent von der Stadt subventioniert, und da möchte man auch nach der Verantwortung der Politiker fragen, denen die Auslastung des Theaters nicht egal sein sollte.

Andreas Hienzsch, 04824 Beucha

Spaß-Veranstaltungen

Zum Titelbild vom 16. Dezember

Das Foto mit dem Völkerschlachtdenkmal und dem See der Tränen sollte doch endlich dazu führen, dass die unangebrachte Bezeichnung „Völki“ entfällt und an diesem historischen Orte mit ausschließlich sehr ernstem Hintergrund auch keine Badewannenrennen und ähnliche rein kommerzielle Spaß- und Ulk-Veranstaltungen mehr stattfinden.

Jürgen Haak, 043103 Leipzig

BRD-CDU hatte 1990 keine Probleme mit Ost-CDU

Zum Umgang mit Tillichs DDR-Biografie

Es war wohl nur eine Frage der Zeit, bis Leute, die zwar nicht in der DDR gelebt haben, aber das dortige Leben viel besser beurteilen können als die „Eingeborenen“, gegen Stanislaw Tillich zu Felde ziehen. Irgendwo muss doch eine Altlast bei dem sächsischen Ministerpräsidenten gefunden werden! Es kann schließlich nicht sein, dass ein erfolgreiches neues Bundesland von einem Ossi geführt wird. Nur sollten eben diese Leute aus dem Westen vor der eigenen Haustür kehren. Von 1959 bis 1969 hatte die Bundesrepublik Deutschland als ersten Repräsentanten (Bundespräsident) einen gewissen Heinrich Lübke, der sich in der Nazizeit als KZ-Baumeister auszeichnete. Selbst der Stern kam 1968 nicht umhin, dies zu veröffentlichen. Nicht zu vergessen ein Herr Filbinger, der noch im Frühjahr 1945 als Ankläger

und Richter bei der Nazi-Kriegsmarine Todesurteile gegen Deserteure beantragte und fällte. Dieser Herr war von 1966 bis 1978 Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Aber sicher sind Verbrechen in der Nazizeit weniger schlimm als verantwortlich zu sein für die so bedeutsame Abteilung Handel und Versorgung des weltweit bekannten DDR-Kreises Kamenz. Es bleibt schon die Frage, wie lange sich die SPD Sachsen einen Westimport vom Schläge eines Nolle noch leisten kann beziehungsweise will.

Klaus Lindner, 04157 Leipzig

Die Kritiker haben über die Mitgliedschaft in den Blockparteien der DDR keine Ahnung, denn sonst wüssten sie, dass man mit dem Parteibuch der CDU keine Vorteile hatte. Aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, dass in den 80ern stu-



Stanislaw Tillich (CDU)

dierte Leute in die Blockparteien also auch in die CDU, eingetreten sind, um etwas in der DDR zu verändern. Mir hat die Mitgliedschaft in der CDU keine Vorteile, sondern nur Nachteile gebracht. Mein Vater starb 1979 und ich durfte zur Beerdigung in die BRD reisen – parteilos. Meine Mutter starb 1982 und ich durfte nicht zur Beerdigung in die BRD reisen – CDU-Mitglied. Mit dem Parteibuch einer Blockpartei konnte man keine Karriere machen, im Gegenteil.

Wolfgang Gansauge, 04209 Leipzig

Die Rolle der Ost-CDU in der DDR – und damit die Stellung und Wichtigkeit ihrer Mitglieder in staatlichen Ämtern – wird im Universal-Lexikon des bibliographischen Instituts Leipzig 1985, 1. Auflage, wie folgt charakterisiert. Dort heißt es auszugsweise auf den Seiten 372/373 (Bd. 1): „Unter Führung von Ot-

to Nuschke ... u. a. entwickelte sich die CDU zu einer Partei, die die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, anerkennt und aktiv in der Nationalen Front der DDR mitwirkt. Von den Grundformen der christl. Ethik und den Lehren der Geschichte ausgehend, leistete die CDU einen wichtigen eigenständigen Beitrag zur antifaschist.-demokrat. Umwälzung und zum Aufbau des Sozialismus in der DDR. ... Mitglieder der CDU gehören seit 1949 der Volkskammer und der Regierung, seit 1960 dem Staatsrat der DDR an ...“ Trefender und glaubwürdiger kann man wohl die Rolle der DDR-CDU nicht beschreiben. Die BRD-CDU hatte 1990 absolut keine Probleme, sich die Ost-CDU mit ihrer DDR-Vergangenheit einzuverleiben. Sie übernahm mit den Mitgliedern auch das Parteivermögen und die Kaderreserve für hohe Posten im Staatsapparat. Siehe Stanislaw Tillich.

Wolfgang Enoch, 04552 Borna

Demagogie statt Sachlichkeit

Zu „Streitfall Atomkraft“ vom 9. Dezember (Energiebeilage)

Frau Höhn beantwortet die sachlichen Argumente von Herrn Marx mit reiner Demagogie, aus der schlicht und einfach ein erhebliches Defizit an Sachwissen deutlich wird. Dies ist auch nicht verwunderlich, warum studieren überhaupt Studentinnen und Studenten in unserem Land die theoretisch hoch anspruchsvolle Studienrichtung Kernphysik, wenn man sein Geld viel besser und reichhaltiger mit politischer Schwätzerei verdienen kann?

Wenn irgendeine Ware kostengünstig produziert werden kann, sei es Strom oder beliebig anderes, kommt dies auch ganz sicher den Verbrauchern auf kurz oder lang zu Gute. Nur so funktioniert unsere Wettbewerbswirtschaft, das Bessere ist der Feind des Guten. Frau Höhn und die grüne Klientel sehen sich wohl zunehmend als einsamer Rufer in der Wüste, wo doch alle Länder dieser Welt, die zu theoretisch/technischen Spitzenleistungen fähig sind, die Option der friedlichen Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung praktizieren und weiter entwickeln.

Derweil bauen wir hier in Deutschland mit 14-jährigen Schülerinnen und Schülern sowie dem Geld der Eltern auf Schuldächern Photovoltaikanlagen, die dann 800 Stunden von den 8760 Jahresstunden sogar mit der Nennleistung Strom liefern, der 50mal teurer ist als Strom aus Kernkraftwerken.

Am 5. Oktober 2008 war der Strompreis an der Leipziger Börse für Spotmengen von morgens sechs Uhr bis acht Uhr negativ. Das heißt, jeder, der in dieser Zeit Strom haben wollte, bekam diesen geschenkt und noch Geld dazu, in der siebten Stunde exakt 1,03 Euro/MWh. Der Grund war ein unvorhergesehenes großes Aufkommen an Windstrom, der ja bekanntlich zu rund neun Cent/kWh per EEG-Gesetz vergütet wird.

Die Subventionen der regenerativen EEG-Stromvergütung erfordern inzwischen von allen Strombeziehern eine Subventionslast von jährlich sieben Milliarden Euro mit weiter steigender Tendenz. Für Frau Höhn bedeuten die Mehrbelastungen in Relation zu der Abgeordnetenvergütung kein Problem, für die meisten Menschen draußen aber sehr wohl.

Helmut Alt, 52078 Aachen



Ein Strommast vor den dampfenden Kühltürmen des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld in Unterfranken. Foto: dpa

Streitfall Suzuki-Kauf

Ich kann das Gezeter um den Kauf der 30 Dienst-KFZ nicht mehr lesen. Wo waren die Kritiker als Bund, Länder und Kommunen Millionen für Micro-Softprodukte ausgaben, anstatt spottbillige Linuxprogramme durch deutsche Softwarefirmen anpassen zu lassen?

Andreas Herzfeld, 04249 Leipzig

Leipzig hat vernünftig gehandelt, denn jeder hatte die Chance, ein Angebot zu machen. Und wenn dann noch ein hiesiger Autohändler diesen Auftrag erhält und somit wieder ein paar Arbeitsplätze gerettet werden, besser kann es doch nicht sein.

Andreas Barden, 04564 Leipzig, LVZ-Onlineforum

Der Kauf der japanischen Fahrzeuge durch die Stadt zeugt von mangelnder Sensibilität der Verantwortlichen. Es ist Zeit für eine deutliche Intervention unseres Oberbürgermeisters. Ansonsten läuft er Gefahr, am Ende persönlich die Konsequenzen für dieses Dilemma tragen zu müssen.

Axel Kreimeier, 04229 Leipzig

Wieso regt sich niemand auf, dass die LVB ausländische Busse kauft? Da sind diese paar Autos doch nur ein Bruchteil des LVB-Auftragsvolumens.

Wendelin Haase, 04179 Leipzig, LVZ-Onlineforum

Wirtschaftliche Gründe allein können wohl nicht der Auslöser gewesen sein, denn beim Bau des Citytunnels werden ja auch zig Millionen rausgehauen als gäbe es kein Morgen.

Werner Lauschmann, 04279 Leipzig, LVZ-Onlineforum

Es wäre sicherlich nicht verwerflich gewesen, BMW zu kaufen. Dies dürfte mittlerweile der einzige deutsche Hersteller sein, der seine Autos nicht in Billigländern produziert. Wenn dies der Stadt Leipzig aber zu teuer war, hätte man beispielsweise Polo Fox, Corsa oder

Ungarn zusammenschraubt werden, habe ich nicht gewusst. Egal, es zeigt wie daneben die Diskussion angesichts der Globalisierung ist. Es gibt manches an Entschei-



Das Auto des Anstoßes – der Suzuki Splash. Foto: pd

Fiesta kaufen können, die preislich nicht weit von den Suzuki-Modellen liegen, dafür aber eine bessere Restwertprognose ausweisen können. Damit wäre wenigstens ein Teil des Geldes im deutschen Wirtschaftskreislauf geblieben. Tilo Wagner, 04158 Leipzig, LVZ-Onlineforum

Dass die „japanischen“ Suzuki in

dungen der Stadtverwaltung zu kritisieren. Diese Kaufentscheidung nicht. Wenn ja, bitte werf auch eure Fernseher, Recorder, Digitalkameras und so weiter Made in Irgendwo aus dem Fenster. Bernd Kiesewetter, 04229 Leipzig, LVZ-Onlineforum

Suzuki musste wegen der Wirtschaftskrise im ungarischen Werk ge-

Frau Höhn betreibt Panikmache, wenn sie behauptet: 1. „Im Juli 2006 entging Europa knapp einem neuen Tschernobyl, als im schwedischen Forsmark ein Reaktor außer Kontrolle geriet.“ 2. „In den Pannereaktoren Krümmel und Brunsbüttel reihte sich ein Störfall an den anderen.“ 3. „Die Endlagerfrage ist ungelöst.“

Dazu folgende Richtigstellungen: Bei Forsmark 1 gab es einen Kurzschluss in einer Freiluftschaltanlage, wobei der Reaktor über Notaus abgeschaltet wurde. Es gab keine Freisetzung von Radioaktivität. Von den aus Sicherheitsgründen vorhandenen vier Notkühlsystemen versagten zwei, die beiden anderen sprangen planmäßig an. Nach der Internationalen INES-Skala wurde der Vorfall in Stufe 2 (Störfall) eingeordnet. Tschernobyl war Stufe 7.

Bei Krümmel und Brunsbüttel traten Trafobrüde außerhalb des nuklearen Bereiches auf. Beide Vorfälle wurden auf der INES-Skala mit 0 (Ereignis ohne oder nur mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung) eingeordnet.

Die Endlagerfrage könnte längst gelöst sein, wenn die Umweltminister Trittin und Gabriel die weitere Erkundung nicht verhindert hätten. Dabei hat Trittin selbst ein Moratorium unterschrieben, „dass die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignung des Salzstockes Gorleben als Endlager nicht entgegenstehen“. Dies beruht auf der Tatsache, dass die Mehrzahl der Fachleute immer wieder mitgeteilt hat, dass Gorleben als Endlager geeignet ist.

Die Aussage „Endlagerproblem nicht gelöst“ ist daher falsch. Bundesumweltminister Gabriel muss nur endlich aktiv werden und die Arbeiten in Gorleben fortsetzen lassen. Aber bisher will er sie weiter ruhen lassen. Damit er behaupten kann, „Endlagerproblem ungelöst“, weil er damit Angst und Bedenken in der Bevölkerung schüren kann. Der Salzstock Gorleben liegt seit mehr als 100 Millionen Jahren unversehrt – im Gegensatz zu Asse – in der Erde, ist unverritz (= Gebirge oder Lagerstätte ohne industrielle Vornutzung) und bestens für die Endlagerung geeignet. Wenn Höhn seriös wäre, würde sie Minister Gabriel drängen, dass er die Erkundungsarbeiten in Gorleben fortsetzen lässt. Denn wir brauchen ein Endlager. Das ist unabhängig davon, ob man für oder gegen Kernkraft ist.

Ludwig Lindner, 45770 Marl

rade 1300 Leute entlassen. Die deutschen Hersteller mussten bisher noch keine Leute entlassen, aber etwa zehn Mal so viele Zeitarbeitsverträge werden nicht weiter verlängert. Solche Verträge gibt es in Ungarn nicht.

Chris Cobalt, 64646 Heppenheim, LVZ-Onlineforum

Diejenigen, die jetzt am lautesten rufen, die Stadt solle das Steuer geld lieber für teurere deutsche Autos ausgeben, hätten am lautesten auf das Vergaberecht gepocht, wenn sie es tatsächlich getan hätte.

Anja Kunsch, 04157 Leipzig

Oberbürgermeister Jung macht die unrühmlichste Figur: Statt seine Mitarbeiter für ihre Entscheidung für das günstigste Fahrzeug zu loben, fällt er ihnen in den Rücken. Sicherlich retten 30 umweltfreundlichere PKW nicht die gebeutelte Umwelt. Aber 30 PKW retten bei einer Tagesproduktion von immer noch mehreren tausend Fahrzeugen auch nicht die deutsche Autoindustrie. Mit Dienstwagen für Oberbürgermeister, Landes- und Bundesregierung haben auch deutsche Hersteller sicherlich Chancen auf den Absatz von mehr als 30 Fahrzeugen.

Eberhard Gaitzsch, 04209 Leipzig

Geradezu lächerlich ist das „Bedauern“ des Oberbürgermeisters zu den Vorgängen des Autokaufes. In Zeiten, in denen die Bundes- und die Länderregierung sich gegenüber den deutschen Unternehmen verantwortlich fühlen, fehlt es wohl im Rathaus am politischen Verstand.

P. Nowak, 04275 Leipzig

Regierung regiert, Gericht korrigiert

Zu „Millionen Pendler erhalten Geld zurück“ vom 10. Dezember

Die Regierung regiert und das Verfassungsgericht korrigiert – das nenne ich Gewaltenteilung. Es ist nun schon zur Regel geworden, dass das höchste Gericht des Staates Beschlüsse der Regierung kassieren muss, weil diese nicht verfassungskonform sind. Ich habe manchmal den Eindruck, als werde in den obersten Amtsstuben gepokert, in der Hoffnung, dass der andere es nicht merkt. Meine Hochachtung gilt denen, die sich nicht geschert haben, den Weg bis zum Verfassungsgericht zu gehen. Millionen Pendler können sich nun freuen, dass der Staat ihnen zurück geben muss, was ihnen rechtmäßig gehört, nämlich ihr Geld. Wir leben jetzt zwar in einer heiligen Zeit, doch ich empfinde es als scheinheilig, wenn die Kanzlerin sich dazu mit den Worten äußert: „Ich halte es für absolut richtig, dass wir das Geld angesichts der Wirtschaftslage jetzt den Menschen direkt zurückgeben.“ Hätte Frau Merkel diesen Satz auch ohne richterlichen Spruch gesagt? Sie und ihre Minister hatten doch einmal beschlossen, dass den Menschen ihr Geld weggenommen wird, und eine Korrektur war nicht vorgesehen.

Roland Kalke, 04838 Hohenprießnitz

Trend wird sich weiter fortsetzen

Zu „Seniorenrepublik Osten“ vom 9. Dezember

Es ist doch schon erstaunlich. Da haben wir im Osten eine sehr moderne Infrastruktur, zum Teil viel besser als im ehemaligen Westen. Da ist die Gewerkschaft nur rudimentär vertreten. Die Löhne/Gehälter liegen zirka 20 Prozent unter Westniveau, und außerdem gibt es bei Ansiedlungen großzügige Förderungen. Da müssten die Unternehmer doch in Scharen kommen. Dem ist aber nicht so! Auch wäre mal interessant, wie sich die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse im Osten entwickelt hat. Wie viele Vollzeit-Arbeitsplätze sind entstanden und wie viele Mini-Jobs, Teilzeit-Arbeitsplätze und so weiter. Ich bin mir sicher, die Zahl der umlagefähigen Arbeitsplätze nimmt im Osten rasant ab. Zumindest sehe ich dies in meinem Verwandten- und Bekanntenkreis. Nun benötigen wir als Staat/Gemeinschaft mit umlagefinanzierten Versorgungssystemen Menschen, die in diese Systeme einzahlen. Dies tun Mini-Jobber nur pauschal, und die vielen Teilzeit- und stundenweise Beschäftigten gar nicht. Bis hin zu denen, die arbeiten gehen und dennoch staatliche Unterstützung benötigen. Ich kann es gut verstehen, wenn ein junger, intelligenter und hoffnungsvoller Mensch keine Lust hat, im Osten sein Leben lang im Niedriglohnniveau zu leben. Also wird sich der Trend immer weiter fortsetzen.

Gunter Menzel, 04451 Schkeuditz

Rettung eines Kulturgutes

Zu „Union will Schutz für deutsche Sprache“ vom 3. Dezember

Ich kämpfe schon seit langem gegen die Überfrachtung der Internetsprache mit Anglizismen, was es besonders älteren Menschen sehr erschwert, sich dort zurechtzufinden. Es geht nicht nur ums Wort, sondern auch ums Sinnverständnis. Hinzu kommen die vielen Anglizismen im täglichen Leben, die angeblich modisch, dabei aber oft falsch und lächerlich sind. Es ist nicht nur die Alltagssprache, die dabei verkommt. In Presse und Werbung werden sie uns immer mehr aufgedrängt und dringen auch immer häufiger in die Literatur ein wie ein Bazillus, der die deutsche Sprache nach und nach von innen zerstört. Kurz: Es geht um die Rettung eines Kulturgutes. Ich halte den Schutz der deutschen Sprache durch die Verfassung für wünschenswert und notwendig.

Hans Lanzke, 04105 Leipzig

Japanisches Essen schon zu DDR-Zeiten

Zu „Film über einzige Sushi-Bar der DDR“ vom 3. Dezember

In Wiesbaden kennt man den Osten nicht. Um so trauriger, dass Ihre Zeitung diese Meldung unkommentiert übernimmt. Auch wenn es nicht Sushi-Bar hieß, so gab es doch in tiefsten DDR-Zeiten ein japanisches Restaurant unter dem Dach des „Luxushotels“ in der Gerberstraße.

Regine Puderbach, 04347 Leipzig

Die – meist gekürzten – Briefe, E-Mails und Beiträge aus dem Online-Forum geben die Meinung des Absenders wieder und stimmen nicht in jedem Fall mit der Redaktion überein. Je kürzer die Texte, desto größer die Chance auf Veröffentlichung.

Wie können Sie uns erreichen?
E-Mail: Leserbriefe@lvz.de
Fax: 0341 2181-1782
Internet: forum.lvz-online.de